

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

115 (19.5.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 19. Mai 1951

Nr. 115

Südweststaat-Debatte in München Ehard über die Rolle des Bundesrats

München (UP). Ministerpräsident Ehard begründete vor dem bayerischen Landtag seine Stimmhaltung im Bundesrat bei der Verabschiedung des „Neugliederungsgesetzes“. In einer Interpellation hatte die Bayernpartei angefragt, ob sich Ehard durch seine Stimmhaltung nicht in Widerspruch zur föderativen Auffassung des Kabinetts und zur Regierungserklärung vom 9. Januar 1951 gesetzt habe.

Ehard erklärte, das Neugliederungsgesetz erfordere nicht zwingend die Zustimmung des Bundesrats. Deshalb habe der Bundesrat keine Möglichkeit gehabt, es zu verhindern. Auch über einen eventuellen Einspruch des Vermittlungsausschusses hätte sich der Bundesrat mit Sicherheit hinweggesetzt. Er habe sich, so sagte Ehard, deshalb der Stimme enthalten, weil er den Bundesrat über eine Klippe hinwegsteuern wollte. „Ich wollte vermeiden, den Bundesrat in einer schwachen Situation zu zeigen, weil dies nur die Sache seiner Gegner gefördert hätte.“ Er persönlich halte die Wiederherstellung der alten Länder Württemberg und Baden für eine glücklichere Lösung als die Schaffung eines Südwürttembergs, der indessen nicht als „gegen den Föderalismus verstößend“ bezeichnet werden könne, wenigstens nicht mit guten Gründen.

CDU lehnt Sonderumsatzsteuer ab

Dafür Umsatzsteuer von 4,5 Prozent und Luxussteuer

Bonn (UP). Die CDU-Fraktion des Bundestages hat sich nach einer eingehenden Diskussion über die Finanzlage des Bundes entschieden, die vom Kabinett bereits gebilligte Sonderumsatzsteuer abzulehnen und stattdessen eine generelle Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer auf 4,5 Prozent sowie eine echte Luxussteuer vorzuschlagen.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Euler, hatte kurz zuvor auf die gefährlichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Sonderumsatzsteuer hingewiesen. Der CSU-Abgeordnete Strauß erklärte vor Pressevertretern im Anschluß an die zweitägigen Beratungen der CDU-CSU-Fraktion des Bundestages — die zum Teil in Gegenwart des Bundeskanzlers stattfanden — daß die Mehrheit seiner Fraktionskollegen befürchte, die Sonderumsatzsteuer könne sich zu einer unsozialen Maßnahme auswirken. Mit der Ablehnung der Sonderumsatzsteuer durch die CDU/CSU und der durch Euler offiziell verkündeten kritischen Haltung der FDP hat die Kabinetttvorlage keine Aussicht mehr, vom Bundestag gebilligt zu werden, da sich SPD und Zentrum bereits vor einiger Zeit dagegen ausgesprochen hatten. Experten der CDU/CSU haben unverzüglich mit der Ausarbeitung einer Denkschrift begonnen, in der sowohl Vorschläge für eine Ausgaben-Reduzierung, als auch Deckungsvorschläge für dringliche Aufgaben enthalten sein sollen. Die Bundestagsberatungen der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Erhöhung der Umsatzsteuer von drei auf vier Prozent wird daher auch nicht am kommenden Montag, sondern erst acht Tage später erfolgen.

Die zusätzlichen 0,5 Prozent Umsatzsteuer sollen nach den Berechnungen der CDU-Experten rund 800 Millionen DM Mehreinnahmen bringen — also genau die Summe, die Schäffer durch seine Sonderumsatzsteuer zu erzielen hoffte. Die von der CDU ebenfalls vorgeschlagene echte Luxussteuer soll weitere 100 Millionen DM erbringen.

Zwei Milliarden Defizit

Selbst bei einer Verwirklichung einer Umsatzsteuer in Höhe von 4,5 Prozent würde im Bundesetat noch ein Defizit von rund zwei Milliarden D-Mark verbleiben, falls die vom Bundestag geforderte Erhöhung der Renten um 25 Prozent durchgeführt werden soll. Diese Lücke soll durch weitere Einsparungen und die Eröffnung einiger letzter Steuerquellen geschlossen werden. Dazu gehört eine Erhöhung der Mineralölsteuer und die Einführung einer Produktionssteuer, sagte Strauß.

Der FDP-Vorsitzende Euler hatte angeregt, durch eine innergebetliche Neuordnung der Bundesländer 2,5 Milliarden DM und durch eine einheitliche Finanzverwaltung eine weitere Milliarde pro Jahr einzusparen. Die CDU erwägt hingegen auch die Möglichkeit einer Rohgewinnabgabe und den völligen Fortfall der Abschreibungsmöglichkeiten für Spesen und die Bewirtung von Geschäftsfreunden. Dadurch hofft man ebenfalls eine Milliarde D-Mark aufbringen zu können.

DGB ist dagegen

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes wandte sich bereits gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer, weil jede Diskussion um weitere Steuermaßnahmen unmöglich sei, solange nicht die Ausgabenseite der öffentlichen Hand einer ernsten Prüfung unterzogen werde. Dabei müsse vor allem auf den „erhöhten und ungesunden Verwaltungs-kostenbedarf aus einem übertriebenen Föderalismus im Bund und in den Ländern“ hingewiesen werden. Dies könne sich das deut-

Morrison's Bonner Gespräche

Vom Bundeskanzler empfangen - Spaak kommt nach Bonn

Bonn (UP). Der britische Außenminister Morrison traf am Freitag abend auf dem Flughafen Wahn bei Bonn ein, wo er von Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Hohen Kommissar Kirkpatrick begrüßt wurde.

Bundeskanzler Dr. Adenauer, der von Vizekanzler Blücher begleitet war, erklärte unmittelbar nach der Ankunft Morrisons: „Ich bin sehr froh, daß ein britischer Außenminister jetzt Bonn einen Besuch abstattet.“ Morrison fügte in englischer Sprache hinzu: „Ich freue mich auf die interessanten Gespräche, die ich mit dem Bundeskanzler und anderen Mitgliedern der Bundesregierung führen werde.“ Morrison, Adenauer und Kirkpatrick schritten darauf langsam durch ein Spalier von Polizisten zu ihren Wagen. Dort verabschiedete sich Morrison vom Bundeskanzler, den er am Samstag vormittag zu einer längeren Aussprache aufsuchen will. Der britische Außenminister war am Freitag abend Gast von Kirkpatrick, der zu einem Essen auch McCloy und François-Poncet einlud.

Der britische Kriegsminister Strachey wird lung, der ehemalige belgische Ministerpräsident Paul Henri Spaak, wird am Montag zu einem Besuch in Bonn eintreffen. Er wird

dort Ehrengast bei einem Empfang des SPD-Führers Dr. Schumacher sein und an einem Essen bei Bundeskanzler Dr. Adenauer teilnehmen. Ferner wird Spaak einen Vortrag an der Universität Bonn halten.

Der britische Kriegsminister Strachey wird in der nächsten Woche zu einem dreitägigen Besuch nach Deutschland kommen. Der Minister will britische Truppeneinheiten besichtigen.

McCloy bei Adenauer

Bundeskanzler Dr. Adenauer versicherte dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy in einer persönlichen Unterredung im Kanzlerpalais, die Bundesregierung werde alle notwendigen Maßnahmen treffen, um den Export von strategischem Material und anderen Gütern nach Rot-China und anderen sowjetischen Satellitenstaaten künftig genau kontrollieren zu können.

Bundeswirtschaftsminister Erhard hat inzwischen in einem Schreiben an den Bundesverband der deutschen Industrie, den Industrie- und Handelsstag und die Arbeitsgemeinschaft für Interzonenhandel betont, die Bundesregierung werde auch weiterhin den legalen Handel mit den Ost- und Südoststaaten fördern. Gleichzeitig kündigte der Minister scharfe Maßnahmen gegen alle jene an, die sich durch illegale Transaktionen im Ost-Westhandel bereichern wollten.

Der gemischte deutsch-alliierte Militärausschuß hat am Freitag seine Beratungen wieder aufgenommen und weitere technische Einzelheiten eines möglichen deutschen Verteidigungsbeitrages erörtert. Amtliche Mitteilungen über die Zusammenkunft auf dem Petersberg beschränkten sich auf den Hinweis, daß die nächste Sitzung für den 1. Juni vereinbart worden sei.

Niemöller dementiert

Stellungnahme zu seiner Ostzonenreise
Kirchenpräsident D. Niemöller übergab der Frankfurter Redaktion des Evangelischen Pressedienstes eine Erklärung folgenden Wortlauts: „Es ist eine absolut freie Erfindung, wenn eine UP-Meldung vom 16. 5. 51 mir den Vorwurf macht, ich hätte auf meiner soeben beendeten Reise durch die Ostzone zur Unterstützung des dort herrschenden Systems geraten. Die UP-Meldung weiß auch keine Quelle zu nennen, auf die sich ihre Behauptungen stützen. Außerdem verschweigt sie die Namen der alliierten Beamten in Berlin, die ihrer Verärgerung über die politische Unterstützung (der Ostzonenregierung) Ausdruck geben.“ Wenn freilich Bonner Kreise sich schon solcher Mittel wie dieser UP-Meldung bedienen, um ihre antidemokratische Politik zu rechtfertigen, dann muß man sich allerdings fragen, ob nicht wieder einmal sehr deutlich darüber gesprochen werden müßte, was sich hinter den Bonner Kulissen zusammenbraut.“

Lastenausgleich voraussichtlich im Oktober

Adenauer lud Schumacher ein - „Geschäftsordnung“ für die Koalition

Bonn (UP). Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich, Abgeordneter Kunze (CDU), erklärte vor der Presse in Bonn, das Lastenausgleichsgesetz könne voraussichtlich am 1. Oktober in Kraft treten.

Kunze berichtete, daß der Ausschuß sich über die grundsätzlichen Fragen des Gesetzes bei Abschluß der ersten Ausschuß-Lösung einig habe. So soll die Aufwertung der Altsparguthaben aus der Zeit vor dem 1. Januar 1949 im Lastenausgleichsgesetz verankert werden. Zu dem Ausgleich der Vertriebenen- und der Kriegsschäden innerhalb des Lastenausgleichs trete damit auch die Wiedergutmachung von sogenannten Währungsschäden. Die Gleichstellung der Heimatvertriebenen hinsichtlich der Aufwertung von Geldguthaben um 6,5 Prozent soll nach Auffassung der Mehrheit des Ausschusses jedoch vorweg durch Gesetz geregelt werden. Es sei die einstimmige Auffassung des Ausschusses, daß die Sätze der Kriegsschadenrente auf keinen Fall unter denen der Unterhaltshilfe nach dem Soforthilfegesetz bleiben dürfen.

Wie Kunze weiter berichtete, sind Unterausschüsse mit der Behandlung von Spezialfragen beauftragt worden. Einer von ihnen wird insbesondere die Heranziehung der öffentlichen Hand zum Lastenausgleich zu klären haben. Hingegen hatten sich vor allen Dingen Vertreter des Bundesrates gewandt. Kunze meinte, daß mit einer Kompromißlösung zu rechnen sei, wonach nur die Betriebe der öffentlichen Hand, die im Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Betrieben stehen, zur Abgabe herangezogen werden sollen. Kunze glaubt auch, daß man in der Frage der Gewährung einer „Hauptentschädigung“ zu einer Verständigung mit den Ver-

tretern des Bundesrates kommen wird. Oberstes Ziel des Lastenausgleichs müsse die Eingliederung der Vertriebenen sein. Diesem Ziel müßten alle eodglütigen Entscheidungen, auch die über die Hauptentschädigung, angepaßt werden.

Bücher beim Kanzler

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den sozialdemokratischen Oppositionsführer, Dr. Schumacher, schriftlich zu einer neuen Aussprache über Fragen des Schumanplanes eingeladen. Wie aus Regierungskreisen dazu bekannt wird, soll der Oppositionsführer einer solchen Aussprache wegen der Bedeutung des Gesamtproblems zugestimmt haben. Man nimmt an, daß die Zusammenkunft im Laufe der kommenden Woche stattfindet.

Die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskabinett und den Regierungsparteien im Bundestag trug Vizekanzler Blücher im Namen der FDP dem Bundeskanzler vor. Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Euler, erklärte der United Press dazu, Blücher habe bei seiner Aussprache mit dem Bundeskanzler — entgegen anderen Berichten — nicht die Forderung nach einem bestimmten Ministerium gestellt. Es liege aber in der Linie der FDP-Politik, die Zusammenarbeit zwischen Koalition und Kabinett zu festigen.

Der FDP-Abgeordnete Ollers gab bekannt, daß er zusammen mit dem CDU-Abgeordneten Scharnberg Richtlinien für die Zusammenarbeit innerhalb der Koalition einerseits und den Regierungsparteien mit dem Kabinett andererseits ausarbeite, die ihren Niederschlag in einer Art „Geschäftsordnung“ finden sollen. Es ist dabei daran gedacht, möglicherweise einen politischen Verbindungsmann der Koalitionsparteien zum Kabinett zu schaffen.

Die deutsch-britischen Beziehungen

Mehr als ein Jahr nach den Besuchen des amerikanischen Außenministers Acheson und seines französischen Kollegen Schuman in Bonn hat sich der dritte der Großen Drei, der britische Außenminister Morrison, entschlossen, der Bundesrepublik einen ersten Besuch abzustatten. Er kommt zwar als Gast der Hohen Kommission, da die Bundesregierung den Besatzungsmächten gegenüber noch nicht souverän ist, aber jedermann weiß, daß das politische Schwergewicht seines vierwöchigen Aufenthalts in Bonn in den Besprechungen mit Bundeskanzler und Außenminister Dr. Adenauer und den Führern der SPD-Opposition liegt. In Regierungskreisen wird deshalb der verspätete britische Besuch, der durch den Amtsvorgänger Morrisons, den verstorbenen Außenminister Bevin bereits zugesagt worden war, nicht als das Nachholen einer bisher versäumten Höflichkeitspflicht gewertet. Außerdem kommt die Erkenntnis hinzu, daß schließlich auch Großbritannien mit der Deutschlandreise Morrisons während des gefährlichen englisch-persischen Ölkonflikts anerkennen muß, wie bedeutend die politische Position der Bundesrepublik für den Westen geworden ist.

Die Themen, die Morrison mit den deutschen Politikern erörtert, ergeben sich aus der wachsenden internationalen Verpflichtung und Gleichberechtigung der Bundesregierung, wie auch aus dem alles überschattenden West-Ost-Problem. Da wäre zunächst die Haltung Englands gegenüber dem Schumanplan, an dessen positiver Weiterentwicklung der Bundesregierung mit Rücksicht auf die notwendige Auflösung der Ruhrbehörde und die heftigen Attacken der Opposition viel gelegen sein muß. Die erste Konferenz des sogenannten Interimsausschusses der sechs Schumanplan-Länder am Wochenende in Bonn, die sein Inkrafttreten vorbereiten soll, wird sicherlich gleichfalls die Möglichkeit eines späteren britischen Beitritts berühren. Innenpolitisch dürfte es für Dr. Adenauer kaum zu umgehen sein, auch das besonders in England kritisch registrierte Anwachsen des Rechtsradikalismus bei den niederländischen Landtagswahlen mit Morrison zu besprechen. Dabei liegt der Bundesregierung viel daran, die britischen Vertreter davon zu überzeugen, daß von Bonn aus bereits alles zur Eindämmung und Beseitigung dieser Gefahr geschehe, hat doch die britische Hohe Kommission wissen lassen, daß sie andernfalls selbst eingreifen müsse.

Der Abschluß zweiseitiger Verträge zwischen der Bundesregierung und den Besatzungsmächten zur endgültigen Ablösung der letzten Einschränkungen des Besatzungsstatus dagegen wird kaum erörtert werden müssen, da die Klärung der in 39 Einzelpunkte aufgliederten Materie noch in den nächsten Monaten die deutschen und alliierten Sachverständigen beschäftigen wird. Grundsätzlich gesehen muß allerdings festgestellt werden, ob mit der vertraglichen Festlegung der deutsch-alliierten Beziehungen nicht indirekt der Abschluß eines Separat-Friedensvertrages mit Westdeutschland beabsichtigt ist, der nicht nur der SPD, sondern auch der Bundesregierung mit Rücksicht auf die Sowjetzone wenig opportun erscheint. Diese deutschen Befürchtungen kann Morrison wahrscheinlich zerstreuen, denn sie gelten zugleich der entscheidenden Voraussetzung für das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz, das die Westmächte im gegenwärtigen Zeitpunkt durch einen Separatfrieden mit der Bundesrepublik nicht von sich aus unmöglich machen sollten.

Eine andere Sache ist jedoch der Zeitpunkt und der Umfang einer deutschen Verteidigungsbeitrages, über den die Gespräche mit dem britischen Außenminister manche Aufklärung geben können. Die Beschleunigung einer Entscheidung über dieses Problem könnte den Westmächten durchaus als geeignetes Mittel erscheinen, um eine größere sowjetische Konzessionsbereitschaft in den scheinbar festgefahrenen Viermächtebesprechungen zu erzielen. Von amerikanischer Seite wird seit Wochen darauf gedrängt, die in der ersten Phase der deutsch-alliierten Militärbesprechungen erzielte Einigungsformel über den deutschen Wehrbeitrag den westlichen Regierungen zur Beschlussfassung zuzuleiten, während die britische Haltung bisher unklar und die französische auf eine Verzögerung gerichtet war. Sollte Morrison in Bonn bestätigen, daß nunmehr auch England eine Beschlussfassung der alliierten Regierungen selbst wünscht, dürfte damit auch erkennbar werden, ob die Sowjets um den Preis der Entmilitarisierung Deutschlands ausreichende Garantien für seine Wiedervereinigung und freie Entwicklung geben wollen.

Es wird unter diesen Umständen richtig sein, die politische Bedeutung des britischen Besuches in Bonn nicht zu unterschätzen, wenn

auch offiziell keine Entscheidungen fallen und nicht über alle Besprechungen im einzelnen Aufschluß gegeben wird. Für das deutsch-britische Verhältnis, das durch die jahrelange Passivität der englischen Besatzungspolitik viele Fragen offengelassen hat, kann der Besuch des britischen Außenministers in Bonn auch psychologisch eine Lücke schließen, die von deutscher Seite stets als bedauerliches Hindernis für seine Bemühungen um das Verständnis und das Vertrauen des Westens empfunden worden ist.

Keine Anklage gegen Dr. Weitmann

München (UP). Der Oberbürgermeister von München, gab im Hauptausschuß des Stadtrates bekannt, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Vizepolizeipräsidenten Dr. Weitmann keine Klage wegen Nichtanmeldung von Vermögenswerten in der Schweiz erheben werde. Die Untersuchungen würden gegenwärtig vom Münchener Oberfinanzpräsidium geführt. Voraussichtlich werde die Unterlassung Dr. Weitmanns nur mit einer Ordnungsstrafe geahndet.

Wunderdoktor Gröning vor Gericht

Seine Heilungen keine „freie Liebestätigkeit“ München (UP). Der Herforder Wunderdoktor Bruno Gröning stand wieder einmal vor dem Schöffengericht München. Auf der Anklagebank saßen ferner seine 11 Freunde, die beschuldigt werden, Gröning in der gewerblichen Ausübung seiner Heiligkeit unterstützt zu haben.

In der Anklageschrift wird dem Wunderdoktor vorgeworfen, „ausschließlich von den hohen Spendeneinnahmen gelebt und damit gegen das Heilpraktikergesetz verstoßen zu haben“. Gröning sollen in der Zeit von Dezember 1949 bis Juni 1950 mindestens 70 000 DM zugeflossen sein.

Billig davongekommen

Hexenglaube in der Lüneburger Heide

Lüneburg (UP). Das Lüneburger Schöffengericht verurteilte den Landwirt Johannes Balding aus Barum (Landkreis Lüneburg) wegen Körperverletzung zu 300 DM Geldstrafe. Wie sich aus den Zeugnisaussagen ergab, glaubt Balding heute noch an Hexen. Er hatte den Schmied und Postzusteller seines Dorfes im Verdacht, daß er sein Vieh mit sogenannten „Dunstgasen“ und „Giftdüsten“ behexte und schlug ihn deshalb mit einer Schaufel nieder. Hexenforscher Johann Kruse, Hamburg, erklärte im Zusammenhang mit diesem Prozeß, daß der Hexenglaube in der Lüneburger Heide noch weit verbreitet sei. Fast jedes Dorf habe noch im Zeitalter der Atombombe seine „Hexe“.

55 Tote durch Schiffsexplosion

Paris (UP). 55 Soldaten und Besatzungsmitglieder wurden durch eine Reihe von Explosionen getötet, die sich an Bord eines Truppentransporters in dem indochinesischen Hafen von Nahtang ereigneten. Nach bisherigen Ermittlungen haben mehr als 100 Menschen Verletzungen erlitten. Durch den gewaltigen Druck der Explosion wurde das Deck des Schiffes vollkommen aufgerissen. Vom Kai aus konnte beobachtet werden, wie menschliche Körper mehrere hundert Meter in die Luft geschleudert wurden.

Duell um die „Sternchen“

Gromyko spielt mit Floskeln

Paris (UP). Das Duell um die „Sternchen“, das seit zwei Tagen zwischen dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Gromyko und dem westlichen Delegierten in Paris ausgefochten wird, verlief am Freitag „unentschieden“. Gromyko hatte vorgeschlagen, die Frage der deutschen Abrüstung als Punkt eins in die Tagesordnung aufzunehmen, diesen Punkt jedoch mit einem Sternchen zu versehen, das auf eine ebenfalls mit einem Sternchen ausgestattete Fußnote Bezug nimmt. Diese Fußnote, argumentierte Gromyko in der heutigen Sitzung, solle darauf hinweisen, daß keine Einigung darüber erzielt werden konnte, an welcher Stelle der Tagesordnung die deutsche Abrüstung aufzuführen sei. Die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens wiesen den sowjetischen Vorschlag als „unlogisch und sich widersprechend“ zurück.

Auch bezüglich der nordatlantischen Verteidigungsorganisation und der amerikanischen Stützpunkte in Europa — auf deren Aufnahme in die Tagesordnung von sowjetischer Seite bestanden wird — wurde keine Annäherung erzielt.

300 Personen ertranken auf Formosa

Taipeh (UP). Infolge schwerer Regengüsse steht etwa ein Sechstel der Insel Formosa unter Wasser. Bei den Überschwemmungen sollen etwa 300 Personen ertrunken und 10 000 obdachlos geworden sein. Der Verkehr im Innern der Insel kam zum Erliegen. Der Chialinggo-Stausee konnte die andrängenden Wassermassen nicht mehr fassen, so daß der Damm von den Fluten überspült wurde. Die von den Bergen herabstürzenden Wassermassen rissen Eisenbahngleise, Brücken, Häuser und alles, was sich ihnen in den Weg stellte mit.

Um die Verteidigung Südostasiens

Gemeinsame Strategie der Großmächte

Singapur (UP). Die militärischen Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs gaben nach Abschluß ihrer viertägigen Besprechungen in Singapur bekannt, daß sie volle Einigung über eine gemeinsame Strategie zur Verteidigung Südost-Asiens gegen den Kommunismus erzielt haben. Alle Meinungsverschiedenheiten darüber, welches Gebiet in der „Sicherheitsplanung“ die Priorität erhalten soll, seien beseitigt worden. Der französische Fernost-Kommandeur, General de Lattre de Tassigny, habe die britischen und amerikanischen Delegierten von der Notwendigkeit einer bevorzugten Waffenlieferung Indochina überzeugt.

Naher Osten im Atlantikpakt?

London stellt Bedenken zurück - Entscheidung liegt bei Paris

London (UP). Angesichts der Krise im Nahen Osten hat Großbritannien seine bisherigen Bedenken gegen die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in den Nordatlantikpakt fallen gelassen. Wie in politischen Kreisen Londons bekannt wurde, wird Großbritannien der vollen Mitgliedschaft dieser beiden Staaten im Atlantikpakt zustimmen. Großbritannien rechnet jedoch damit, daß ihre Aufnahme dazu führen werde, daß Ägypten und andere Staaten des Nahen Ostens ebenfalls darum bemüht sein werden, dem Atlantikpakt beizutreten.

Die bisher zögernde britische Haltung gegenüber den von den USA ausgehenden Vorschlägen war stark beeinflusst von den zahlreichen Bedenken der kleinen westeuropäischen und skandinavischen Länder, die immer wieder betonten, daß sie ihre im Atlantikpakt eingegangenen Verpflichtungen nicht allzusehr ausweiten könnten. Allgemein wird befürchtet, daß bei einer Überspannung des Paktrahmens die Verwicklung kleiner Staaten wie Holland, Dänemark und Norwegen in gefährliche und unübersichtliche Vorgänge wie in den anglo-iranischen Ölstreit und in die arabisch-israelischen Zwistigkeiten möglich wäre. Der italienische pro-kommunistische Linkssozialist Nenni nannte den Plan insofern besonders gefährlich, als er Italien in die sehr heikle Angelegenheit der

griechisch-albanischen und griechisch-bulgarischen Grenzen verwickeln könnte. Dennoch hat die italienische Regierung dem amerikanischen Antrag ihre volle Unterstützung zugesagt. Sie will die Verteidigung im Südsektor des Atlantikpaktes stärker koordiniert sehen. Ebenso wird sich auch Norwegen der britischen Haltung anschließen. Gar keine Begeisterung herrscht bis heute in Hollands politischen Kreisen über die beabsichtigte Aufnahme Griechenlands und der Türkei. Trotzdem werden keine Schwierigkeiten von diesem Land erwartet.

Frankreich zeigt sich stark überrascht von der als verfrüht bezeichneten amerikanischen Initiative. Es befürwortet „eine enge Verbindung mit Griechenland und der Türkei im Rahmen des Paktes, hält es aber nicht für unbedingt nötig, sie als Vollmitglieder aufzunehmen“. Überlegungen über einen besonderen Verteidigungspakt für das östliche Mittelmeer werden angestellt, jedoch gleichzeitig Bedenken darüber erwochen, ob die Griechen und Türken, mit denen man in besten Beziehungen steht, bei Ablehnung ihrer Aufnahme nicht verärgert würden. Da entsprechend einer Paktklausel die Einbeziehung eines Landes von allen Mitgliedern gutgeheißen werden muß, bleibt wohl Frankreich das entscheidende Wort übrig, daß vom Pariser Außenministerium in der nächsten Woche ausgesprochen werden soll.

Kommunisten stoßen 30 Kilometer vor

Gesamte Koreafront in Bewegung - Gefährliche Durchbrüche im Osten

Tokio (UP). Die kommunistischen Streitkräfte, die am Freitagmorgen längs der gesamten Koreafront nach amerikanischer Schätzung über 400 000 Mann in die Schlacht warfen, haben in den ersten 36 Stunden ihrer zweiten Frühjahrsoffensive Bodengewinne zwischen 25 und 30 Kilometern erzielt. Die alliierten Truppen wurden an fast allen Frontabschnitten gezwungen, sich auf neue Verteidigungslinien zurückzuziehen.

Schwere Kämpfe wurden im Raum von Seoul ausgefochten. 30 Kilometer östlich der südkoreanischen Hauptstadt überschritten die Kommunisten den Pukhan-Fluß. Südwestlich von Changgong wurde die Verteidigungslinie der UN-Truppen an zwei Stellen nach erbiterten Nahkämpfen durchstoßen. Aus den Frontberichten, die von der Zensur stark zusammengestrichen sind, geht ferner hervor, daß auch eine südkoreanische Division südöstlich Inje schwer gefährdet ist.

Ein Sprecher der 8. Armee bezeichnete den Durchbruch am Ostabschnitt als „gefährlichstes Problem“. Der Rückzug der UN-Truppen gehe meist in guter Ordnung vor sich.

Der Verlauf der Front kann wegen der strengen Zensur nicht angegeben werden, in den Berichten der UP-Korrespondenten werden aber Kämpfe in folgenden Gebieten erwähnt (von Westen nach Osten): Östlich Uijongbu, bei Kopyong, südlich von Changgong-Ni, Übergang über den Pukhan-Fluß, nördlich Hanyang, südsüdlich von Uijongbu, südwestlich Inje.

Panzereinheiten gelang es in den frühen Morgenstunden des Samstags, sich durch einen dichten Ring kommunistischer Verbände durchzukämpfen und die Verbindung mit einer teilweise eingeschlossenen amerikanischen Division herzustellen.

Das 45 000 Tonne große Schlachtschiff „New Jersey“ ist bei den vor der koreanischen Ostküste operierenden amerikanischen Flotteneinheiten eingetroffen.

Hohe Verlustzahlen

Die amerikanische Armee gab bekannt, daß die Streitkräfte der UN den Kommunisten in Korea vom Beginn der Kriege bis zum 7. Mai rund 900 000 Mann Verluste beigebracht hätten. In dieser Zahl inbegriffen sind 143 818 nordkoreanische und 3483 chinesische Gefangene. Die Verluste der amerikanischen Streitkräfte werden in dem Bericht mit 63 523 Mann angegeben. In dieser Ziffer sind 11 112 Tote und 9621 Vermisste enthalten.

Achtzehn alliierte Offiziere, die von den Luftstreitkräften neun europäischer Staaten entsandt wurden, reisten von Frankfurt auf dem Luftwege nach Korea, um dort die neueste Verwendung von Disziplinärtruppen gegen Landtruppen zu studieren. Die Offiziere kommen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und der Türkei.

Vollversammlung der UN beschloß Embargo

Trotz des Protestes der Sowjets — Bradley fordert Wehrpflicht

Washington (UP). Die Vollversammlung der Vereinten Nationen verhängte am Freitag ein Embargo für strategische Güter gegen das kommunistische China und Nordkorea. Das Abstimmungsergebnis war 47 zu Null. Das Embargo hat für alle Mitglieder der UN Gültigkeit.

Die Sowjetunion und ihre Satelliten nahmen an der Abstimmung nicht teil. Vorher brachten sie jedoch hartnäckig ihre Ansicht zum Ausdruck, daß die Vollversammlung nicht ermächtigt sei, ein solches Embargo zu verhängen. Nur der Sicherheitsrat, dessen Entscheidungen die Sowjets durch ihr Veto zunichte machen können, sei in der Lage, über eine solche Maßnahme zu beschließen. Indien, Afghanistan, Burma, Ägypten, Indonesien, Pakistan, Schweden und Syrien enthielten sich der Stimme. Die Resolution enthält eine Klausel, in welcher der UN-Ausschuß zur Prüfung weiterer Maßnahmen gegen den „Aggressor“ China aufgefordert wird, zusätzliche Sanktionen gegen das kommunistische China und Nordkorea in Erwägung zu ziehen.

Die USA können sich nicht allein auf ihre

See- und Luftstreitkräfte verlassen, sagte der Chef der amerikanischen Streitkräfte, General Bradley, in einer Rede. Das amerikanische Volk müsse damit rechnen, daß die gegenwärtige Spannung „jahrelang anhalten“ werde. Es dürfe nicht hoffen, daß seine Verbündeten in einem etwaigen Krieg die Landtruppen stellen und die USA nur mit See- und Luftstreitkräften ausheilen müßten. Die amerikanischen Verteidigungsvorbereitungen seien weiterhin unzureichend, solange nicht jeder Amerikaner, der körperlich und geistig dazu geeignet sei, eine militärische Ausbildung erhalten habe. Nur durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den USA könne dafür gesorgt werden, daß genügend Soldaten für die Streitkräfte vorhanden seien.

Die amerikanische Armee teilte mit, daß die 2. Panzerdivision „Hölle auf Rädern“ Ende Juni oder Anfang Juli nach Europa verschifft wird. Sie steht unter dem Kommando von General Williston B. Palmer. Die 4. Infanteriedivision, die in Fort Benning in Georgia ausgebildet wird, soll im Sommer gleichfalls nach Europa gebracht werden.

10 000 Mann suchten einen Mörder

Rabat (UP). 10 000 Soldaten und marokkanische Eingeborene, die durch Flugzeuge unterstützt werden, suchen mit Polizeihunden die zerklüfteten Gebirgsränge des Atlas nach einem flüchtigen Verbrecher ab. Der französische Generalresident in Marokko General Juin setzte eine Gefahrenzone fest, vor deren Betreten alle Personen eine besondere Erlaubnis erhalten müssen. Lastwagenkolonnen dürfen nur in militärischer Begleitung die Straßen befahren. Die gesamte Aktion richtet sich gegen einen geflüchteten marokkanischen Arbeiter, der in der Nähe der Stadt Ben El Ouidane sechs Personen erschossen hat. Es wird angenommen, daß der Flüchtige beabsichtigt, noch weitere Personen zu töten. Es besteht der Verdacht, daß es sich um einen „Racheakt“ gegenüber den Franzosen ganz allgemein handelt. Die marokkanischen Zeitungen weisen jedenfalls darauf hin, daß der Zwischenfall ein Ausbruch des allgemeinen Wunsches nach Unabhängigkeit des Landes von Frankreich sei, einer Forderung, die unter der Bergbevölkerung des Hinterlandes besonders nachdrücklich vertreten werde.

Der Papst ernannte Monsignore Emerico Szabo zum Generalvikar für Budapest, Monsignore Andreas Hamvas zum Weihbischof von Esztergom und Pater Emerico Kisberk zum Weihbischof von Szekesfevar.

Der US-Botschafter in Moskau, Kirk, wird am 21. Mai nach Berlin fliegen, von wo er eine Reise durch Westeuropa antritt.

Israel beabsichtigt die Teilmobilisierung von Armee, Luftstreitkräften und Marine, weil Fliegerverbände und Artillerieeinheiten des Irak in der Nähe der Grenze Israels zusammengezogen worden seien sollen.

Das ungarische Parlament wählte einstimmig den ehemaligen Landarbeiter Imre Dogei zum neuen Parlamentspräsidenten als Nachfolger von Lajos Drabos, einem ehemaligen Fabrikarbeiter, der zum ungarischen Gesandten in Warschau ernannt wurde.

Der frühere Gauleiter von Düsseldorf, Karl Florian, wurde auf Grund eines Gnadenersuchens vorzeitig aus der Straftaft entlassen. Florian verbüßte wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren.

Die Bundesregierung hat offiziell die Aufnahme der Bundesrepublik in das internationale Arbeitsamt in Genf beantragt.

Der iranische Ministerpräsident hat die Entgegennahme der britischen Note zur Erdölfrage mit der Entschuldigung abgelehnt, daß er aus „Krankheitsgründen indisponiert“ sei.

Die britische Mittelmeerflotte wird in Kürze um einen Kreuzer, einen schnellen Minenleger, einen Zerstörer, eine Fregatte und drei Unterseeboote verstärkt.

War Rudolf Heß wirklich geisteskrank?

Die Wahrheit über seinen Englandflug

Ein Tatsachenbericht von Eduard Funk

Durch den 2. Band von Churchills Memoiren ist das Problem Heß erneut zur Diskussion gestellt worden, wobei phantastische Kombinationen leider die Wahrheit überschatten. Unser Tatsachenbericht schildert dagegen aus eigenem Erlebnis des Verfassers die wirklichen Vorgänge im Mai 1941.

Berlin, am 11. Mai 1941. Im Zimmer 24 des Propagandaministeriums, in dem sonst am Sonntagmorgen nur ein gähnender Referent sitzt, der mürrische Auskunft erteilt, wenn ihn ein Telefonanruf im Genuß seiner Zigarre stört, stehen ein Dutzend Journalisten und bemühen sich, von dem an einem der beiden großen Schreibtische residierenden „Herrn vom Dienst“ den Grund der plötzlich einberufenen Konferenz zu erfahren. Aber er schweigt hartnäckig. Aus dem Büro des Leiters der Abteilung „Deutsche Presse“ kommt der gefürchtete Spieß des Propagandaministeriums, Alfred Ingemar Berndt. Kaum erwidert er den Gruß der versammelten Schriftleiter, geht zum leise ratternden Fernschreiber in der Ecke des Zimmers und blickt mit verkniffenen Augen auf den Papiertreifen, der sich ruckweise durch die Walze schiebt. Dann verschwindet Berndt wieder hinter der hohen Flügeltür.

„Spurlos“ verschwunden

Endlich ist die Geduldprobe der Wartenden ausgestanden. Gemeinsam mit Berndt erscheint Helmut Sündermann, der stellvertretende Reichspresseschef. Alles blickt ihm gespannt entgegen. „Meine Herren!“ sagt er, indes seine flackernden Augen die Anwesenden mustern, ob sich nicht ein Unberufener eingeschlichen hat, „meine Herren, ich muß Ihnen die bedeutende Mitteilung machen, daß der Stellvertreter des Führers spurlos verschwunden ist“. Verblüfftes Staunen prägt die Gesichter. Und dann erzählt Sündermann, Rudolf Heß sei schon seit einiger Zeit krank, weshalb ihm „von höchster Stelle“ das Fliegen verboten worden sei. Dennoch habe es Heß fertiggebracht, sich in Augsburg ein Messerschmitt-Flugzeug zu verschaffen, mit dem er am Samstagabend aufgestiegen sei. Nach einer Zwischenlandung auf einem Flugplatz an der Nordseeküste sei er mit frisch gefüllten Tanks erneut gestartet und bis zur Stunde nicht mehr zurückgekehrt.

Zehn, zwanzig Fragen bestürmen Sündermann. Er schneidet sie alle ab mit der Behauptung, er habe keine weiteren Informationen. Nur wenige hören noch zwischen Tür und Angel die nur für Berndt gemünzte Bemerkung des wütenden Stabsleiters: „Hoffentlich ist er erkrankt“.

Am Abend ist erneut eine Pressekonferenz im Propagandaministerium, diesmal im überfüllten Pompejanischen Saal, denn das Gerücht vom Verschwinden des „Stellvertreters des Führers“ ist inzwischen von Redaktion zu Redaktion geeilt. Aber Sündermann rückt immer noch nicht mit der vollen Sprache heraus. Vorsicht deutet er an, die Krankheit von Rudolf Heß sei geistiger Natur; man wisse ja, daß er eine Vorliebe für Astrologie, Homöopathie und gewisse magische Dinge gehabt habe. Aus einem aufgefundenen Brief gehe hervor, daß er seinen mysteriösen Flug in geistiger Verwirrung unternommen habe. Noch immer liege keinerlei Meldung über ihn vor; man habe lediglich festgestellt, daß er über die Nordsee geflogen sei. Man müsse daher mit dem Schlimmsten rechnen. Eine entsprechende Pressenote könne aber vorläufig nicht ausgeben werden, da die ganze Angelegenheit noch zu unklar sei und man auf die noch ausstehenden Anweisungen vom Oberstab warten müsse.

Die amtliche Version

Drei Stunden später kommt von Wannsee, wo sich eine Abhörung für ausländische Rundfunksender befindet, die sensationelle Nachricht, Rudolf Heß sei in England gelandet. Sie schlägt im Propagandaministerium wie eine Bombe ein. Noch hatte man auf einen Absturz von Heß über der Nordsee gehofft, dann hätte man einen Unfall konstruieren und die peinliche Affäre einigermaßen retouchieren können. Sollte man nun zugeben, daß Rudolf Heß nach England geflogen ist, sollte man die Blamage auf sich nehmen, daß ein „Wahnsinniger“ bis zu diesem Tage „Stellvertreter des Führers“ war? — Es blieb nichts anderes übrig, denn schon funkte ein Radiosender nach dem anderen das fast ungläubliche Ereignis in die Welt.

Es gibt in der Tat kein Ausweichen mehr. Zwar hat man inzwischen die Adjutanten von Heß verhaftet, und auch Professor Messerschmitt drohte eine hochnotpeinliche Untersuchung, weil man vermutet, er habe trotz Kenntnis des Flugverbotes dem „Verräter“ ein Flugzeug überlassen. Schwere Herzen entschließt man sich endlich, eine Meldung herauszugeben: „Parteigenosse Heß, dem es auf Grund einer seit Jahren fortschreitenden Krankheit vom Führer strengstens verboten war, sich noch weiter dieferzig zu betätigen, hat entgegen diesem vorliegenden Befehl es vermerkt, sich in letzter Zeit wieder in den Besitz eines Flugzeuges zu bringen. Am Samstag, den 18. Mai, gegen 18 Uhr, startete Parteigenosse Heß in Augsburg wieder zu einem Flug, von dem er bis zum heutigen Tage nicht mehr zurückgekehrt ist. Ein zurückgelassener Brief zeigte in seiner Verworrenheit leider die Spuren einer geistigen Zerrüttung, die befürchten läßt, daß Parteigenosse Heß das Opfer von Wahnvorstellungen wurde.“

(Fortsetzung folgt)

Wirtschaft in Kürze

Die Bundesrepublik hat im April im Warenabrechnungsverkehr mit der EZU (Europäische Zahlungsunion) einen Überschuß von rund 190 Millionen DM erzielt.

Der interministerielle Einfuhrsausschuß der Bundesregierung hat im „Bundesanzeiger“ die Einfuhr von Wermutweinen sowie Wein zur Herstellung von Wermutwein aus Italien im Werte von einer Million Dollar ausgeschlossen. Außerdem können aus Belgien und Luxemburg Trauben im Werte von 10 000 Dollar importiert werden.

Umschau in Karlsruhe

Karlsruhe. Das Siedlungswerk „Neue Heimat“ in Nordbaden hat seit Anfang 1949 insgesamt 2366 Wohnungen, in denen 8349 Personen untergebracht werden konnten, gebaut. (wvb)

Fronleichnam kein gesetzlicher Feiertag
Karlsruhe (d). Der Fronleichnamstag (24. 5.) ist in Südbaden und in Rheinland-Pfalz gesetzlicher Feiertag. In Württemberg-Baden ist er nur Feiertag in solchen Gemeinden, in denen er herkömmlicherweise als solcher begangen wird, oder deren Einwohner überwiegend dem katholischen Bekenntnis angehören. Eine ähnliche Regelung gilt in Württemberg-Hohenzollern.

Die Konfessionen im Südbaden

Karlsruhe (wvb). Im Gebiet des geplanten Südbadens gibt es bei insgesamt 6473 000 Einwohnern rund 200 000 mehr Protestanten als Katholiken. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung von 1950 sind 58,7 Prozent der Einwohner Württemberg-Badens evangelisch, 37,1 Prozent sind katholisch, 4,2 Prozent gehören anderen Religionen an oder sind konfessionslos. In Württemberg-Hohenzollern sind 52,3 Prozent katholisch, 44,6 Prozent evangelisch, 3,3 Prozent gehören anderen Konfessionen an. In Südbaden sind 69,2 Prozent katholisch, 28,5 Prozent evangelisch und 2,3 Prozent andersgläubig bzw. konfessionslos.

Lebenslänglich für Allegri beantragt

Karlsruhe (wvb). Der erste Staatsanwalt der Strafkammer Karlsruhe, forderte am dritten Tag des Prozesses gegen den Karlsruher Tanzlehrer Allegri für den Angeklagten eine lebenslängliche Zuchthausstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Allegri hat sich nach Ansicht des Staatsanwalts eines vollendeten vorsätzlichen Totschlags in Tateinheit mit versuchtem Totschlag sowie eines Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz schuldig gemacht. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß der Angeklagte seine Tat ohne Zweifel vorsätzlich ausgeführt habe. Er habe im übrigen nicht nur seine Frau, sondern auch seinen Schwiegervater töten wollen. Während des zweieinhalbstündigen Plädoyers des Staatsanwalts machte der Angeklagte seinen ersten und bewegten Eindruck. Die erste Frau des Angeklagten schilderte als Zeugin ihren früheren Mann als „häuslichen und besorgten Familienvater“. Die eheliche Untreue ihres Mannes sei nicht seine Schuld gewesen, denn die Frauen seien ihm geradezu nachgelaufen. In Badenweiler habe ihr eine Dame einmal 100 000 RM angeboten, wenn sie ihren Mann für die Tochter der Frau freigebe. Ein Teil der Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Aus der badischen Heimat

Aus dem fahrenden Auto gefallen

Pforzheim (swk). Als sich aus bisher ungeklärten Gründen die Wagentür eines Personenkraftwagens öffnete, fiel ein 5 Jahre altes Mädchen aus dem fahrenden Auto. Das Kind schlug mit dem Kopf gegen einen Bordstein und war auf der Stelle tot.

Auf der Autobahn tot aufgefunden

Heidelberg (wvb). Auf der Autobahn in der Nähe von Walldorf bei Heidelberg wurde ein 73 Jahre alter Mann aus Neudorf bei Graben tot aufgefunden. Der Tote hatte keine Papiere bei sich, konnte jedoch inzwischen identifiziert werden. Die schweren Verletzungen lassen vermuten, daß der Greis das Opfer eines Verkehrsunfalls geworden ist.

Gefängnis wegen Beleidigung McCloy

Heidelberg (wvb). Wegen Beleidigung des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy wurden von einem US-Gericht in Heidelberg zwei Männer zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden, von denen

der eine 26 der andere 59 Jahre alt ist, hatten in Heidelberg Plakate geklebt, auf denen McCloy als „Kohlenklaus“ dargestellt war.

Die modernste Kläranlage Europas

Baden-Baden (d). Die nach dem Urteil hervorragender Fachleute modernste Kläranlage Europas wurde nach erfolgreichen Proben in Baden-Baden in Betrieb genommen. Sie tritt an die Stelle einer im Jahre 1896 für nur 18 000 Einwohner gebauten und ist für eine Einwohnerzahl von 60 000 berechnet. Die Errichtung der neuen Kläranlage erforderte 950 000 DM, die größtenteils aus Marshallplann Mitteln aufgebracht wurden. Der von August 1949 bis April 1951 erstellte Betrieb dient zur Herstellung von Methangas und Kompost. Im Laufe des Jahres wird noch ein Werk zur gemeinsamen Verarbeitung des Abwasserschlammes und des Hausmülls zu Kompost als erstes deutsches Werk dieser Art angeschlossen werden. Die Anlage ist jedoch für 285 l/sek. Abfluß bei Trockenwetter- und 650 l/sek. bei Regen eingerichtet. Die Faulgaserzeugung beträgt jetzt täglich etwa 900 cbm, davon zwei Drittel Methangas, das verdichtet und in Form von Flaschengas an Kraftfahrzeuge als Treibstoff abgegeben wird. Die erzeugte Düngermenge reicht für eine landwirtschaftliche Fläche von 250 ha im Jahr aus.

Südweststaat-Komitees im Bodenseeregiet

Konstanz (ds). Für den kommenden Abstimmungskampf hat sich in Konstanz ein Südweststaat-Komitee gebildet, in das Landtagsabgeordnete, Vertreter der CDU, der FDP und der SPD, sowie der Freiwirtschaftsorganisationen und Gesinnungsfreunde aus allen Schichten der Bevölkerung aufgenommen werden sollen. In der kommenden Woche sollen an anderen Orten des badiischen Bodenseeregietes ebenfalls Südweststaat-Komitees gegründet werden.

Schwarzwald-Werbung in Norddeutschland

Freiburg (ds). Mit Farblithobildervorträgen, die von Landrat a.D. Pfister gehalten wurden, hat der Badische Fremdenverkehrsverband in letzter Zeit in Hamburg, Düsseldorf und zwei Städten Westfalens erfolgreich für den Schwarzwald geworben. In überfüllten Veranstaltungen fanden die Bilder von Landschaft, Brauchtum, Verkehrseinrichtungen, Wanderverwehen und Gastronomie des Schwarzwaldes und des Bodensees überall den Beifall des norddeutschen Publikums. Auf

seiner Vortragsreise war Dr. Fischer von den „Schwarzwälder Nachtigallen“ begleitet, die mit Heimat- und Volksliedern und in ihren heimlichen Trachten ebenfalls großen Anklang fanden.

Kreuz und quer durch Baden

Bruchsal. Ein seit über einer Woche vermißter 82 Jahre alter Mann wurde jetzt als Leiche im Kraibach aufgefunden. Wahrscheinlich ist der Greis infolge eines Fehltritts vom Brückensteg ins Wasser gefallen und ertrunken. (SWK)

Heidelberg. Ein amerikanischer Richter sprach in der Verhandlung gegen einen 22 Jahre alten Mechaniker sein Bedauern darüber aus, daß in Deutschland Schlagringe frei verkauft werden dürfen. (wvb)

Baden-Baden. Eine Aktion der Gemeinschaft der Weltbürger, Sitz Baden-Baden, soll erreichen, daß die Volksvertretungen der Staaten und ein künftiges Weltparlament zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. (d)

Baden-Baden. Die besten Amateur-Tanzpaare aus Belgien, Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Holland, Österreich, Schweiz und der Bundesrepublik beteiligen sich am internationalen Amateur-Tanzturnier, das am Samstag im Baden-Badener Kurhaus veranstaltet wird. (d)

Bühl. Wegen der Beitreibung einer Schuld von 40 DM wurde ein Gerichtsvollzieher von einem 19 Jahre alten Mann verprügelt. Der Bursche wurde zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. (d)

Erlich. Ein 77 Jahre alter Landwirt stürzte beim Futterholen vom Wagen und wurde überfahren. Er erlag seinen Verletzungen. (ds)

Kehl. In Linx wurde ein Wetterballon aufgefunden, der von dem Observatorium Leon Teiserence de Port in Trappes (Frankreich) aufgelassen worden war. Die Aufzeichnungsapparate konnten unversehrte geborgen und dem Observatorium zugestellt werden. (ds)

Freiburg. Bundespostminister Schubert kommt am 30. Mai nach Freiburg, um an der Übergabe des neuen Dienstgebäudes der Oberpostdirektion Freiburg teilzunehmen. (ds)

Freiburg. Bibliotheksdirektor Heinrich Auer, der Vorsitzende des Diözesanrats der Männer-Vereine in der Erzdiözese Freiburg, ist am 15. 5. im 67. Lebensjahr gestorben. (CND)

Lehrer fordern einheitliche Schulen

Eine Entschließung des Lehrerkongresses

Stuttgart (UP). Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Lehrer- und Erzieher-Verbände faßte bei ihrer Stuttgarter Konferenz eine Entschließung, in der die Übernahme des Bildungswesens in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern gefordert wird. Dazu wäre eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich, das vorläufig nur die Pflege der Wissenschaften zur konkurrierenden Gesetzgebung erklärt. In der Entschließung wird außerdem betont, daß eine eventuelle Trennung der Kinder in den Schulen nach Konfessionen nicht auf Kosten der Schulgliederung und der Leistungsfähigkeit der Schule geschehen dürfe. Ferner fordert die Entschließung, daß die Rechtsstellung der Lehrer für das Bundesgebiet einheitlich geklärt werden müsse. Die Resolution wurde den Kultusministern, sowie dem Bundestag, dem Bundesrat und der Bundesregierung zugeleitet.

Die Lehrer haben sich außerdem mit Beerdigungsfragen auseinandergesetzt und festgestellt, daß die vorgesehene Höhe der Teuerungszulage nicht befriedigen könne. In Anträgen und Entschließungen weisen die Lehrer auf die Verschuldung der Beamtenschaft hin und fordern eine Rückdatierung der geplanten Gehaltserhöhungen. Die Vertreterversammlung beauftragte die Gewerkschaften,

Kampfmittel vorzuschlagen, durch die der Staat veranlaßt werden könne, seiner Fürsorgepflicht nachzukommen.

Strompreiserhöhung wurde erörtert

Die nötigen Investitionsmittel fehlen

Stuttgart (wvb). Vor dem Sonderausschuß des württemberg-badischen Landtags für die Wasser- und Energiewirtschaft betonte ein Vertreter des Wirtschaftsausschusses, daß einerseits der Strom- und Gasverbrauch stark zunehme, andererseits jedoch die nötigen Investitionsmittel fehlten, um die Leistungsfähigkeit der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen in ausreichendem Maße zu steigern. Für den Ausbau der Stromversorgung müssten jährlich ungefähr 90 Millionen DM aufgebracht werden, wovon etwa die Hälfte aus eigenen Mitteln der Werke gestellt werden könne. Der Investitionsbedarf der Gasversorgungsunternehmen in den nächsten drei Jahren werde jährlich auf rund 14 Millionen DM veranschlagt. Aus ERP-Mitteln seien bisher rund 4,5 Millionen DM gewährt worden. Die Eigenfinanzierung könne nur mit etwa 5 Millionen DM angesetzt werden.

In der Aussprache wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht durch eine Erhöhung des Strompreises um einen Pfennig je Kilowattstunde die für den Ausbau der Werke notwendigen Gelder aufgebracht werden könnten.

ten. Mit einer derartigen Erhöhung könnten jährlich etwa 23 Millionen DM Mehreinnahmen erzielt werden. Diese Auffassung begegnete dem Einwand, daß manche Industrien nicht in der Lage seien, eine derartige Erhöhung des Strompreises zu tragen. Der Ausschuß beschloß schließlich einstimmig, die Staatsregierung zu ersuchen, mit den beteiligten Kreisen Verhandlungen über diese Frage aufzunehmen.

Gegen Schulterriemen und Tschakos

ÖTV zur Uniformierung der Polizei

Stuttgart (UP). Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat den Länderinnenministerien Vorschläge für die Uniformierung der deutschen Polizeieinheiten unterbreitet, in denen die Wiedereinführung von Schulterriemen, Tschakos und Offiziersschulterstücken nach altem Muster „aus staatspolitischen und praktischen“ Gründen abgelehnt wird. Die ÖTV schlägt vor, die Dienstgradabzeichen auf dem linken Unterarm des Uniformrockes zu tragen. Die Arbeitsgemeinschaft der elf westdeutschen Innenministerien wird Ende Mai in Bremen mit der Abteilung Polizei in der ÖTV zu einer Beratung über die Uniformierungsfrage zusammentreffen.

Landtag Rheinland-Pfalz konstituiert

Erste Sitzung im Mainzer Landtagsgebäude

Mainz (UP/dn). Am 18. Mai, dem vierten Jahrestag der Verfassungsgebung für Rheinland-Pfalz konstituierte sich in Mainz der neugewählte rheinland-pfälzische Landtag. Die 100 Abgeordneten, von denen 43 der CDU, 38 der SPD und 19 der FDP angehören, werden nach der Verfassung für die Dauer von vier Jahren die gesetzgeberische Arbeit für die Drei-Millionen-Bevölkerung von Rheinland-Pfalz leisten.

Die Frage der Zusammensetzung der neu zu bildenden rheinland-pfälzischen Landesregierung ist bis zur Stunde offen. Politisch informierte Kreise betonen jedoch, daß zwischen der CDU und der FDP intern Einigung über eine gemeinsame Regierung erzielt worden sei.

Die Sitzung fand nach dem Umzug der Landesregierung von Koblenz nach Mainz erstmalig in dem neuen Landtagsgebäude, dem großherzoglichen Schloß in Mainz, statt. Das Schloß wurde während des letzten Krieges bis auf die Außenmauern völlig zerstört und ist jetzt, in 153 Arbeitstagen mit einem Kostenaufwand von rund 1,3 Millionen DM für die Zwecke des Landtages wiederaufgebaut worden. 320 Arbeiter haben in Tag- und Nachtschicht den Bau termingerecht vollendet, wenn das Haus auch bis zur letzten Stunde von Hammerschlägen dröhnte.

An der Bahre Ernst Roths

Frankenthal (d). In Frankenthal fand die Trauerfeier für den in Straßburg verstorbenen Bundestagsabgeordneten Ernst Roth statt. Vor mehr als 1000 Trauer Gästen aus allen Teilen Deutschlands und dem Saarland besetzte der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, den Vorsitzenden mit bewegter Stimme als einen Vorkämpfer für ein neues Europa. Mit letztem Einsatz habe Roth sich der Lösung der Saarfrage gewidmet, die „die große Probe für ein Europa der Freiheit und der Gleichheit“ sei. Zermürbt von den Entbehrungen der Emigration, habe er seinen Einsatz mit dem Leben bezahlen müssen. Zwei ungenannte Vertreter der Sozialisten des Saarlandes nannten Ernst Roth einen Vorkämpfer für die Freiheit an der Saar. Der Sprecher der DPS erklärte wörtlich: „Wenn dereinst die Glocken der Freiheit über der Saar erschallen, dann wird Ernst Roths Vermächtnis erfüllt sein. Roth hat sein Leben für die deutsche Heimat an der Saar dahingegeben.“

In Neckargemünd wurde Ernst Roth beigelegt. Hinter dem Sarg schritten die Gattin und die beiden Söhne des Verstorbenen. Unter den zahlreichen Trauer Gästen befanden sich der württemberg-badische Innenminister Ulrich und der erste Vorsitzende der SPD Württemberg-Badens, Schöttle

Leidenschaft

ROMAN VON MARIA FUCHS

Copyright bei München. Romanverlag, München-Pasing

30. Fortsetzung

Einmal saß der Vater bei ihr, etwas länger als sonst, und kramte aus seiner Tasche ein Geschenk. Er tat es unumstündlich, als fürchtete er, daß sein Mädchen die Freude dafür erbeuchte. Es war ein kostbares Armband, fein gegliedert und für sie dennoch eine kleine, drückende Fessel, die sie ihm zuliebe schweigend entrug, obwohl die Frage auftauchte: wozu? Aber er war da wie ein Kind, das glaubte, im Gleißeln liege das Glück. Er hat ja immer so gedacht, sonst hätte er sich nicht Marianna zum Weib genommen.

„Hasele, mir scheint, es geht wieder aufwärts. Wirst mir fürchtbar abgegangen. Und im Geschäftlichen kann ich dir gute Nachrichten geben. Ich hab jetzt eine Spekulation begonnen, wenn mir die gelingt, sind wir vermehrte Leute.“

„Ach, Vater“, bat sie, „nicht so. Das taugt nicht. Es ist klüger, du bleibst bei dem, was du verstanden kannst. Das andere sind so unsaubere Sachen. Ich hab immer Angst um dich.“

Mißmutig war er aufgestanden und schwenkte ihren langen Haarzopf. „Daß du denn so viel Wenn und Aber hast? Wagen muß man können!“

Sie hatte geschwiegen und sich für ein Stündlein Vaters leichte Art gewünscht. Aber man glaubt ja so gerne, was man erhofft. Und so erhoffte auch Agnes einen neuen Aufstieg, der ihre Opfer krönen sollte.

Dann kam Vater wieder seltsamer. Seine Frau war in ein Sanatorium nach Süden gefahren. Er

war wieder allein. Und wenn er dann bei ihr saß, hatte er wieder das laute, sprunghafte, gurgelnde Lachen. Er hatte wieder die übertrieben krankhafte Art, viel zu reden und wenig zu denken, und Agnes fühlte, es ging von neuem den leichtsinnigen Trab weiter.

Von dieser Zeit ab lernte sie am Schicksal des Vaters vorbei das eigene suchen.

Und als er dann kam mit Augen, die einen falschen Glanz hatten, und mit einer Stimme, die schwer war von Wein, sagte sie nur: „Laß mich allein, Vater. Ich bin müde.“

Wenn er ihr nun manchmal übers Haar streichelt und sie sein „Hasele“ und sein „Baby“ nennt, ziehen sich ihre feinen Brauen zusammen und sie nimmt seine Liebkosungen wie stumme Sklaverei entgegen.

Das war Agnes Stadler zur Zeit der Sonnenwende.

In diesen Tagen schrieb sie an Ralph: „Es steht nichts mehr zwischen Dir und mir. Ich will leben und gehe über alles Vergangene hinweg zu Dir in eine Zukunft, an die ich glaube. Du hast recht, wenn du sagst, meine Mutter habe alles durch die Schatten des Todes gesehen, verzerrt, unklar, verschwommen. Es war auch so. Ich habe Heimweh nach Deinem Herzen, Ralph, Heimweh nach Deiner Liebe. Und ich habe Sehnsucht nach Deiner Mutter, nach Deinem Weg, den Du mich führen willst, nach dem Licht, das Du mir zeigst.“

An einem warmen Sommerabend besuchte sie die junge Familie Hohenegger. Sie trägt eine schmutzige Tracht, aber sie will nicht recht zur Kranken Blässe des Mädels passen. Walter vergleicht sie mit Recht mit einem Edelweiß, das auf einem Talweg steht. Sie begegnen sich alle ziemlich scheu.

„Wie geht es dir, Agnes?“

„Gut, danke! Ich dank euch noch schön für die vielen Blumen, die ihr mir geschickt habt.“

„Wenn sie dir nur Freude gemacht haben.“

„Oh, doch! So sammeln ihr Worte umher, bedeutungslos und doch voll des Inhalts.“

„Einen netten Bubben habt ihr, ich gratuliere!“ Agnes scheint um etwas zu ringen, dann sagt sie so nebenbei: „Ich werde sehr bald fortgehen von hier. Habe mich mit Ralph Steininger verlobt. Wir werden bald heiraten.“

Weder Liesl noch Walter trauen sich so etwas wie einen Glückwunsch zu sagen. Das Geständnis war so brockenweise erfolgt. Man mußte es erst richtig in sich aufschmecken.

„Dann bist du jetzt also Braut? Bist schon glücklich?“ wagt Liesl zuerst zu fragen.

„Oh, sehr! Er ist so vornehm, so gültig.“

„Wär einmal ein gerechter Ausgleich, wenn du das Glück für dich finden könntest“, sagt Liesl. Aber sie traut dem Glück der Kameradin nicht; es schwingt zu viel Ernst in der Stimme.

Walter kann sich nicht verhehlen, sie zu warnen: „Agnes, wir sind deine Freunde. Hast du schon bedacht, daß er eigentlich doppelt so alt ist wie du. Er könnte dein Vater sein. Du wirst opfern müssen.“

„Das bin ich gewöhnt, Walter.“ Ohne die beiden anzusehen, fügt sie hinzu: „Ich bin nur den Jahren nach jung. Da drinnen bin ich genau so alt wie er. Es wird dies gewiß mein Weg sein, der kein anderer.“

Und Walter darauf etwas gedrückt: „Wir möchten dich halt glücklich sehen, Agnesle, ganz glücklich.“

„Ich hab eine schöne Heimat bei ihm. Und das ist doch schließlich unser aller letzte große Sehnsucht? Dahin zu sein irgendwo bei guten Menschen, von denen man sich verstanden fühlt.“

Zum Abschied legt Agnes ihre Wangen an das weiße Rüschenmeer, in dem der kleine Hohenegger strampelt. „Ist doch was Herrliches für dich, Liesl, ein Kind zu haben von einem Menschen, den man liebt.“

Die andere wagt darauf kein Sterbenswort. Es ist ihr nur bange um Agnes, die eine Ehe aufbaut auf schwindelnd hohem Grat.

„Heut in einem Monat bin ich schon Frau Steininger“, träumt das Stadlermädchen. Man weiß nicht, hat ihr Traum goldene oder bleierne Flügel.

„Lebt wohl!“

Die Hohenegger schauen von Agnes weg zum Kind. Und beide wissen, daß Agnes auf ihrem schmalen, aber steilen Pfad oftmals stehen bleiben und weinen wird.

*

Ihr Mädchenname ist am Altar verweht. Viel reden die Leute an diesem Tag und nicht mit Unrecht. Wer den ersten, schon ergrauten Mann neben der kindlichen Agnes sah, mußte sich manches denken.

„Er wird halt mit seinem Geld die Stadler'sche Notgrube zudecken“, wollten einige zu sagen, und das Gesicht Paul Stadlers war wirklich Erlösung. Sprunghaft ausgelassen tanzte seine Unterhaltung die Hochzeitstafel entlang.

(Fortsetzung folgt)

AUS UNSERER HEIMAT

Klöster, ein Treffpunkt der Romantiker

Aus der bewegten Geschichte des Stiftes Neuburg

Malerisch liegt das Stift Neuburg bei Heidelberg am Eingang zum Neckartal. Es hat eine so bewegte und interessante Geschichte, die noch in der Gegenwart bedeutende Punkte aufweist, wie nur wenige Klöster Süddeutschlands. Das Benediktinerkloster wurde im Jahre 1130, vor nunmehr 821 Jahren, als Tochterkloster von Lorsch gegründet. Lorsch, altdeutsch Laurissa, ist die ehemalige fürstliche Abtei bei Starkenburg, eines der reichsten Klöster Deutschlands. Es wurde, dies sei zur Abrundung des Bildes der beiden Klöster gesagt, im Jahre 774 als Benediktinerkloster gestiftet und anno 1340 in ein Prämonstratenserkloster umgewandelt. Im Dreißigjährigen Krieg (1631) zerstörte ein Brand die große, prächtige Klosteranlage. Um zum Stift Neuburg zurückzukehren — seit 1195 ist es ein Nonnenkloster, das 1562 säkularisiert wurde. Im Jahre 1870 machte es eine erneute Wandlung durch: es entstand ein adliges Fräuleinstift aus Neuburg. Wieder eine Epoche sind die Jahre von 1709 bis 1773; in dieser Zeit war Neuburg eine Niederlassung der Jesuiten. Im Jahre 1894 ging dann das Stift in privaten Besitz über.

Stift Neuburg am Neckar wird häufig verwechselt mit Neuburg an der Donau, das ebenfalls eine reiche Tradition hat. Neuburg in Schwaben besaß ein Jesuitenkollegium, ein Kloster der Barmherzigen Brüder und eines der Elisabethinerinnen, ferner ein Priesterhospiz und eine weibliche klösterliche Anstalt. Es wird in der Kirchengeschichte fast ebenso häufig erwähnt wie Neuburg am Neckar. Zwei Orte — zwei gleiche Namen, beide mit großer Vergangenheit und reich an baulichen Schönheiten.

Neuburg wurde im Lauf der Jahrhunderte mehrmals umgebaut, bis es sein heutiges Gesicht erhielt. Lange Zeit war es dann, wie oben schon angedeutet, im Besitz von Goethes Schwager Schlosser. Aber nicht nur geistliches, religiöses, kirchliches Zentrum war Neuburg, sondern auch ein bekannter und geschätzter Mittelpunkt des reinen Geisteslebens. Im 19. Jahrhundert wurde es nämlich zu einem Sammelpunkt der Romantiker. Es erlebte eine zweite geistige Blüte, einen zweiten Höhepunkt, als es in den Besitz des Dichters, Romantikers und Alchimisten Alexander von Bernus überging. Trotz aller Bedeutung, die Neuburg schon früher hatte, sind die Jahre unter Bernus doch vielleicht die wichtigsten, fruchtbarsten des Stiftes, die Jahre, in denen

Neuburgs Name auch im Ausland häufig genannt wurde.

An der Stelle, wo außer Schlosser, Arnim und Brentano weilten, glühte und zischte es nun in geheimnisvollen Retorten, und rauschte und sprudelte es aus genialen Köpfen. Bernus, der zu Rudolf Steiner eine enge Freundschaft unterhielt und so zur Anthroposophie kam, machte aus dem Wort „Gastfreundschaft“ einen wertvollen und herrlichen Begriff. Der Freundschaftsring auf Schloß Neuburg umfaßte Menschen, denen wir die schönsten und auch seltsamsten Blüten der Literatur verdanken, er schloß Gentes, Leidende und große Seelen ein. Friedrich Schnack, Alfred Kubin und Wilhelm Steinhausen, Thomas Mann und Stefan Zweig, Karl Wolfskehl und Rolf von Hoerschmann, Alfred Mombert, Rainer Maria Rilke und Melchior Lechter, Kurt Martens, Richard Dehmel und Else Lasker-Schüler —

um nur einige zu nennen — trafen sich mit Johannes von Guenther, Friedrich Schulze-Maizier und Edgar Daege.

Auch heute noch, da einige der erwähnten Dichter schon längst gestorben sind, unwehlt Neuburg, dessen ehemaliger Besitzer Bernus, von den Unbilden der Zeit getrieben, Neuburg verlassen mußte und das Barockschloß in Donauumfluten bezog, wo er im vorigen Jahr unter großer Anteilnahme der literarischen Welt seinen 70. Geburtstag feierte — ein Hauch des reinen Geistes, wie er aus den Werken all derer in reichem Maße strömt, die Neuburg besuchten und an dem historischen, romantischen, schönen Ort zu neuen geistigen Taten sich aufrichteten. Und wer das erst vor kurzem erschienene Werk Alexander von Bernus' genau liest, die „Schloßlegende“, der spürt, daß nur ein Platz dazu die Aaregung geben konnte — Stift Neuburg am Neckar.

Mannheim — größter Binnenhafen Europas

Zur Schiffsverkehrs- und Hafenverbandstagung am 17.—19. Mai

Im Anschluß an den Mannheimer Malmarkt findet vom 17. bis 19. Mai in Mannheim der Deutsche Binnenschiffahrtstag 1951 statt, verbunden mit einer Schiffsverkehrsausstellung und der Jahreshauptversammlung des Hafenverbandes. Diese für die deutsche und darüber hinaus für die westeuropäische Binnenschiffahrt bedeutsamen Veranstaltungen werden der Bedeutung Mannheims als Hafenstadt gerecht, ist die Rhein-Neckar-Stadt doch nach der Ausdehnung der größte, dem Güterumschlag nach der zweitgrößte Binnenhafen Europas. Was im Krieg zerstört wurde, ist inzwischen größtenteils wieder aufgebaut; mächtige Lagerhäuser und ein reger Schiffsverkehr bestimmen weitgehend das Gesicht der Hafenstadt an der Neckar- und Neckararmmündung. Eine Viertel-million Kubikmeter Schutt hatten die 156 Großluftangriffe auf Mannheim allein in den Hafenanlagen hinterlassen. Etwa 200 Schiffe waren im Hafengebiet versenkt. Während die Eisenbahnanlagen und Brücken instandgesetzt wurden, konnten die Versorgungsleitungen und Durchgangstraßen notdürftig ausgebaut werden. Die wasserbaulichen Anlagen hatten noch am wenigsten gelitten. An Hochbauten entstand längs des Rheins eine repräsentative Front von vierstöckigen Umschlag- und Lagerhallen. Trotz seines Alters von hundert Jahren wird Mannheim als größter Stück-

guthafen durch Ergänzung und Neubau moderner Anlagen seine Stellung behaupten.

Eine regelmäßige Schiffsahrt von Mannheim aus entwickelte sich erst im Lauf des 18. Jahrhunderts durch Schiffer, die den Rhein aufwärts fuhren und Waren mitbrachten. Dieser Warenverkehr wurde für die aufblühende Stadt allmählich recht bedeutend, trotz der Stapelrechte, die sich Mainz und Köln anmaßten, und sonstiger Hemmnisse. Den großen Aufschwung aber brachte die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnende Dampfschiffahrt. Das Dampfschiff „Der Rhein“ machte im Oktober 1825 seine Probefahrt von Mainz bis Kehl und legte die Strecke in 46 Stunden zurück. Schon tauchte der Gedanke auf, die Dampfschiffahrt von Rotterdam bis Straßburg durchzuführen; weltbekannte Geschäftsleute gründeten eine Gesellschaft und erhielten eine Konzession für die Strecke Mannheim—Basel. Im Juli 1827 begann das Dampfschiff „Ludwig“ seine Fahrten, und ein Jahr später erging eine Entschließung des Staatsministeriums, wonach der Stadt Mannheim ein Freihafen am Rhein bewilligt wurde.

Ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung war die „Mannheimer Rheinschiffahrts-Akte“, jene internationale Vereinbarung der Rheinfürstentümer, die am 1. Juli 1809 in Kraft trat, und deren erster Artikel mit den Worten beginnt: Der Rhein ist frei. Als die deutsche Regierung 1930 dieses Abkommen kündigte wurde das als Rechtsbruch empfunden, und die Auswirkungen zeigten sich nach dem verlorenen Krieg, als die Rheinschiffahrt wieder frei war — nur für deutsche Schiffe nicht.

Von großer Wichtigkeit für die Schiffsahrt auf dem Rhein war auch die Rheinkorrektur, durch die einige hinderliche Stromschleifen beseitigt wurden. Nach dem gewaltigen Hochwasser des Jahres 1824 war es der badische Ingenieuroberst Johann Gottfried Tulla, der eine Denkschrift veröffentlichte, die drei Rheindurchstiche bei Mannheim vorsah. Daraufhin schlossen Baden und Bayern ein Abkommen über die Begrädnung des Strombettes.

Von Mannheim aus wurde schließlich im Dezember 1929 die neugeschaffene Großschiffahrtsstraße, der Neckarkanal, eröffnet. Damit war der kanalisiert Neckar zum vollwertigen Seitenarm der großen Wasserstraße des Rheins geworden. Die großen Rheinkähne können jetzt direkt von Rotterdam ihre Ladung bis in die Häfen Württembergs bringen. —age-

Kohlenmeiler glimmen im Odenwald

Die letzten Vertreter eines uralten Gewerbes

In abgelegenen Tälern des Odenwaldes begegnet man jetzt wieder pyramidenförmlichen Gebilden, über denen sich leichter Rauch kräuselt. Die Köhler sind am Werk. Es waren ihrer vor einem halben Jahrhundert noch 14, die dieses uralte Gewerbe ausübten, jetzt wird es nur noch von zwei oder drei Familien betrieben. Ganz scheint der Beruf vorläufig nicht auszusterben, solange Stahlwerke und Glockengießereien die Holzkohle benötigen. Daß es sich um ein sehr altes und ebendort verbreitetes Handwerk handelt, geht auch daraus hervor, daß der Familienname Köhler noch recht häufig ist; ein großer Teil unserer Familiennamen entstand ja aus Berufsbezeichnungen.

Es ist schon eine Kunst, einen Meiler richtig aufzubauen, beruhend auf der Überlieferung vom Vater auf den Sohn. Bis zu 50 Raummeter Holz fassen die größten Meiler. Und diese Menge aufzubereiten, sachgemäß zu schichten und zu brennen, erfordert mühevollen und aufmerksamen Arbeit. Zunächst wird der senkrechte Luftkanal aus Stützstangen und Weidengelecht errichtet; auf dem gewachsenen Boden baut der Köhler die gerissenen Scheite runderum auf und deckt das Ganze mit Sand und Mutterboden ab. Zuletzt werden durch den Mittelschacht einige Schaufeln flühender Holzkohle geworfen und mit einem Rasenstück bedeckt. Nun glimmt das Holz im Innern etwa drei Wochen lang, bis der Meiler geöffnet und die Holzkohle gewonnen wird. Bis dahin bleibt der Meiler sich selbst überlassen, nur in den ersten Tagen werden noch Zuglöcher angebracht; natürlich läßt man es auch an gebührender Überwachung nicht fehlen. Nach altertümlichem Brauch geschieht das Schließen des Meilers mit den Worten „Im Namen Gottes, des Sohnes und des Heiligen Geistes“, eine Sitte, die sich auch im 20. Jahrhundert noch bei einigen alten Berufen, z. B. in der Glockengießerei und in der Flußschiffahrt, erhalten hat.

Wenn der Meiler ausgekühlt ist, wird die Deckschicht abgenommen und die noch sehr heiße Holzkohle zum Abkühlen ausgebreitet. Dabei offenbart sich nicht gerade die angenehmste Seite des Köhlergewerbes, denn die schwelbedeckten Meiler sehen bald aus wie die schwärzesten Neiger.

Pflüchtlinge aus dem Böhmerwald, wo die Köhler früher fast ausschließlich betrieben wurde, haben das Gewerbe etwas modernisiert, indem sie mit fertig gemauerten Meilern arbeiten, in denen das Holz senkrecht aufgestellt wird. Versuche mit Eisenblech haben sich nicht bewährt, weil darin die Holzkohle zu schnell abkühlt. Auf zehn Ster Holz rechnet man ungefähr 1000 Kilo Holzkohle und 300 Liter der genannten Nebenprodukte. —el

„Das Freiburger Fronleichnamspiel“

Nach dem Manuskript von Dr. Bruno Berger

Im Schatten des Freiburger Münsters wurde schon im Mittelalter Theater gespielt, meistens Mysteryspiele. Doch gibt es in der Breisgau-Dramatik auch ein Fronleichnamspiel, das, in Handschriften aus den Jahren 1599 und 1604 überliefert, doch wohl schon früher entstanden ist. Dieses Spiel wurde im Zusammenhang mit der Prozession von den Freiburger Zünften und ihren Knechten aufgeführt und dauerte den ganzen Tag.

Am 24. Mai, dem Fronleichnamstag, erlebt das Spiel eine Wiedererweckung durch den Südwestfunk (Studio Freiburg). Die schönsten und prägnantesten Stellen des von mittelalterlicher Frömmigkeit und alemannischer Spielkunst genährten Stückes werden aufgeführt, umrahmt von alten geistlichen Chören, die der Schülchor des Kollegs „Stella silvae“ aus St. Blasien zum Vortrag bringt.

Dichterstimmen aus Baden und Der Pfalz

Drei bekannte lebende Heimatdichter

Josef Feiten ist einer der bekanntesten Dichter aus dem moselländischen Raum. 1888 wurde er als Sohn eines Lehrers aus blauerlichem Geschlecht geboren. Seit 1943 lebt er als Studienrat in Trier. Seine Herkunft aus dem einfachen und naiven, blauerlichen Lebensbereich hat sein ganzes Wesen, entscheidend geprägt und auch sein Erlebnis in der Stadt bestimmt. Seine schriftstellerischen Arbeiten sind sehr vielschichtig; von der Lyrik der Mundartdichtung über Erzählungen und Romane bis zu Schauspielen und philosophischen Arbeiten hat sich Feiten Ausdrucks-möglichkeiten für sein naives Weltbild geschaffen.

Der bekannte Dichter und Erzähler Max Barthel berichtet in glänzender Manier, was er auf seinen Fahrten durch das Land an Rhein und Mosel gesehen, erlebt und beobachtet hat. Max Barthel gehört zu den Arbeiterdichtern, die wie Lersch und Brügel nach dem Weltkrieg in Erscheinung traten. Seine Berichte werden in einer nüchternen Art Landschaft und Menschen, Technik und soziale Probleme zu einem Bild unseres modernen Lebens zusammengefasst.

Dem in Mittelbaden lebenden Dichter Joachim von der Goltz wurde Baden, wie er selbst einmal sagte, zur Schicksalsheimat. Das Wesen der Landschaft schimmert als beglückende Folie durch sein episches und lyrisches Werk hindurch. Besonderes Merkmal seines Schaffens ist die männliche Gelassenheit, aber auch das unbedingte Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Daseinsphänomens. So geht etwas Tröstliches und Ermutigendes von allen seinen Büchern aus.

Dreihundert Mal auf den Montblanc

Der Zustellbezirk am Feldberg, wohl einer der größten in Deutschland, ist in zwei Wege eingeteilt: der eine ist 14, der andere sogar 18 Kilometer lang. Neun Jahre lang ist der „Postsepp“, der Feldberg-Briefträger Josef Keller, täglich bei Hitze oder Schnee, bei strahlendem Frühlingswetter oder bei Sturm und Regen beide Wege, also insgesamt 32 Kilometer gegangen oder mit den Brettern im Winter gefahren. Weitere neun Jahre lang, als ein zweiter Briefträger zugeteilt wurde, hat er nur noch einen der Wege zu besorgen gehabt. In diesen 18 Jahren hat Keller, wie ein Arzt einmal ausgerechnet, 120 000 Kilometer hinter sich gebracht. Diese Strecke entspricht dem dreifachen Erdumfang. Dabei muß beachtet werden, daß der Feldberg-Briefträger täglich eine Postladung von etwa einem halben Zentner zu tragen hatte; wenn Wintersportler oder Kurgäste aus dem Feldberg waren, wurde die Last oft wesentlich schwerer.

Sein Weg führte bergauf und bergab, von den Gemeinden und Höfen am Fuße des Schwarzwaldpfahls bis zum Turm der Wetterwarte und dem Feldbergthal. Der Höhenunterschied, den Keller täglich bewältigen mußte, betrug 780 Meter. In 18 Jahren macht das, wie der Arzt weiter ausgerechnet hat, 1,3 Millionen Meter oder 300 Montblanc-Bestellungen.

Trotz dieser Leistungen ist Keller während all dieser Jahre nie krank gewesen. Im Schwarzwald, so meint er, sei man das Bergsteigen und Skilaufen von Jugend an gewohnt. Aber eine richtige Anerkennung wurde ihm nur einmal zuteil, als er nämlich die Hauptrolle in dem Kulturfilm „Der Landbriefträger“ spielen durfte, und die Post ihm großzügig ein halbes Jahr Furlurlaub gab. Jetzt ist der Postsepp, der kürzlich sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern konnte, nur noch im Innendienst tätig.

In Den Tagen Des blühenden Flieders

Gartendirektor Zeyher in Schwetzingen zum Gedächtnis

Johann Michael Zeyher wurde als Sohn eines Freiherrlichen von Seckendorffschen Schloßgärtners 1770 zu Oberzimmern in Mittelfranken geboren. Es entsprach nicht dem Willen des Vaters, daß auch er Gärtner werden sollte; aber ein unweiderstehlicher Zug führte den Jungen zur Gärtnerlei. Hofgärtner Kern in Ansbach wurde sein Lehrmeister; dabei bildete er sich durch Privatunterricht in Geometrie, Algebra, Zeichnen usw. fort. Später sehen wir ihn bei der Anlage des Lustschlosses Tribsdorf unweit Ansbach. Gönnerin war ihm Lady Craven. In Diensten des Herzogs Karl Eugen von Württemberg, zu Ludwigsburg und auf der Solitude, vertiefte er sein Berufswissen durch Unterricht bei Lehrern der Hohen Karlsschule.

Der stattliche Jüngling verschwand nicht unter den Truppen Karl Eugens, sondern begegnet uns bald in der Hofgärtnerlei des Markgrafen Karl Friedrich von Baden, wo er an dem in England geschulten Hofgärtner Schweickart ein gutes Vorbild hatte. Mit Genehmigung seines Herrn konnte er sein Können auch in den Diensten des Freiherrn von Lutrum zu Nippenburg bei Enzweihingen stellen. Weitere Empfehlung der botanisch interessierten Herrschaften, Karl Friedrichs und seiner Gemahlin Karoline, an den Baseler Mediziner und Botaniker, Professor de Lachenal, ebneten ihm den Weg zu einer längeren Tätigkeit in Basel, wo er am 29. September 1794 sich auch die einzige Tochter des Basler Stadtgärtners Nikolaus Petersen zur Gattin holte. Zuerst als Privatgärtner bei der Familie Burckhardt in Kirchgarten beschäftigt, wurde er später botanischer Gärtner der Universität Basel mit einem Gehalt von jähr-

lich 100 Louisdor, dazu (seit 23. April 1801) auch Markgräflich Badischer Hofgärtner für den in Basel zu dem dortigen markgräflichen Schloß gehörigen Hof- und Schloßgarten. Von Basel aus legte Zeyher eine Reihe von Gärten in den Kantonen Basel, St. Gallen, Solothurn an; er schuf den Circus in Aarau, den Väststaub in Schaffhausen, Anlagen in Arlon und Altstätten.

Als Nachfolger des bedeutenden Gartenkünstlers Friedrich Ludwig Schell (1750—1823) zog unser Hofgärtner 1804 in Mannheim ein. Seit 1805 schuf er dort die Pläne für sämtliche Gartenanlagen in dem nun badischen Mannheim, nach seinen Worten „sein größtes und erfreulichstes Geschäft, weil es sehr gut assel und durch die Lage am Rhein großartig und schön ausgeführt werden konnte“. Die Schleifung der Befestigungs- werke Mannheims bot seiner Tätigkeit noch besondere Möglichkeiten. Ähnlich wirkte Garteninspektor Zeyher auch in Schwetzingen, wo Änderungen an dem großen Weiher (Wasserturm), besonders aber, den Neigungen seines Herrn entsprechend, die Anlage eines forstbotanischen Gartens und planmäßiger Obstbaumzucht sein Hauptarbeitsgebiet bildeten. Auch den schönen Flieder im Ehrenhof des Schlosses zu Schwetzingen, der in Frühlingsstagen immer wieder einen Hauptanziehungspunkt der Besucher bildet, verdankt man Zeyher. Ein 1806 von ihm veröffentlichtes Verzeichnis der Gewächse des Schwetzingen Schloßgartens konnte 2600 Arten und Abarten verzeichnen, die nicht zuletzt zu Tausch und Handel dienten.

Als Gartenbaudirektor seit 1806 hatte Zeyher die Aufsicht über alle herrschaftlichen Gärten des Landes, die Forstbauschulen bei jedem Forstamt und die Baumpflanzungen an allen Landstraßen Badens. So wurden über Mannheim und Schwetzingen hinaus Anlagen am Heidelberger Schloß

und am dortigen Karlsplatz, die Lindenalleen am Karlsruher Schloßplatz wie dessen Anlage und Wasserableitung, ferner die Anlagen der römischen Bäder in Badenweiler, die Eichenallee und die Anlagen bei der Trinkhalle in Baden-Baden sein Werk. In der Nachbarschaft Badens arbeitete er u. a. zu Heidesheim bei Grünstadt in der Pfalz, in und um Darmstadt (Rothenhöhe, Wolfgarten, Jugenheim an der Bergstraße), Herrshelm bei Worms bis hin nach Frankfurt und Offenbach am Main. Mit Orden und Titeln wie sonstigen Ehrungen bedacht, genoß Zeyher gegen Ende seines Lebens den Ruf einer Autorität der Park- und Landschaftsgärtnerlei. Neben seiner praktischen Tätigkeit pflegte er mit Erfolg die systematische Botanik, förderte Reiseunternehmungen junger Naturwissenschaftler, so des bekannten W. Schimper, und hinterließ bei seinem Tode am 20. April 1843 in Schwetzingen ein sehr umfangreiches Herbarium, das er dem badischen Großherzog vermacht hatte.

Besondere Erwähnung verdienen noch Zeyhers Beziehungen zu Johann Peter Hebel, der im Haus seines alten Baseler Freundes erkrankte und am 22. Sept. 1836 zu Schwetzingen starb. Zeyher wohnte damals in dem sogenannten Gesandtenhaus hinter der nördlichen Orangerie, dem späteren Amtsgerichtsgebäude. Zeyher ließ seinem Freund Hebel, der nun auch in Schwetzingen die letzte Ruhe fand, auf dessen Grabstätte einen einfachen Stein setzen, bis dieser 1859 durch ein ähnliches Denkmal ersetzt wurde. Um dieses Hebeldenkmal Schwetzingens versammeln sich bis in unsere Tage die Hebelfreunde aus dem Kreis der „Badischen Heims“; regelmäßig im Herbst zum Gedenken an den großen Dichter. Manche schalkhafte Erzählung in Hebels Schatzkästlein geht auf Freund Zeyher zurück. Dr. A. B.